



Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3668-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinbus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Wochentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 72 Pfennig Beleggeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtheit (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbilligung für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-25

10 Pf. [15 Pfr.] - Nr 464

FREITAG, 2. OKTOBER 1931

MORGEN-AUSGABE

20 statt 26 Wochen

Kürzungsbeschluß für die Arbeitslosen-Versicherung

Auf Grund der Beratung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 hat der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in seiner Sitzung vom 1. Oktober beschlossen, die jährlicher der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung von 26 Wochen auf 20 Wochen, und für beruflich Arbeitslose auf 16 Wochen zu kürzen. Der Vertreter der Reichsregierung stimmte dem Beschluß des Vorstandes zu. Die Neuregelung tritt am 5. Oktober in Kraft. Sie durch den Beschluß des Vorstandes erzählte Einsparung soll die finanziellen Anforderungen sicherstellen, die bei einer Höchstzahl von 6 1/2 Millionen Arbeitslosen im kommenden Winter für Unterstützungsleistungen in der Arbeitslosenversicherung erwachsen werden.

Die Entwidmung der Arbeitslosigkeit hat sich bisher so gestaltet, daß im laufenden Jahre in der Zeit zwischen dem fünften Stand des Sommers und dem 15. September die Zahl der Arbeitslosen um rund 370 000 gestiegen ist, d. h. nicht erheblich stärker als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres, was die Zunahme rund 348 000 betrug. Am 15. September belief sich die Zahl der Arbeitslosen auf etwa 4,3 Millionen. Ein abklingendes Urteil über die weitere Entwicklung ist zur Zeit nicht möglich.

Die vom Reichsarbeitsminister Dr. Siegelmann bereits bei verschiedenen Gelegenheiten angelegentlich herabgesetzte der

Unterstützungsdauer in der Arbeitslosen-Versicherung ist durch diesen Beschluß des Vorstandes der Reichsanstalt Zuziele gemacht. Für die Betroffenen ist es eine außerordentliche Güte, daß sie nunmehr sechs Wochen eher als bisher in die Arbeitslosenunterstützung übergeführt werden und damit sowohl den niedrigeren Unterstützungsleistungen wie auch der für die Arbeitslosen vorgesehenen Beschäftigungsprüfung unterliegen. Die Arbeitslosen selbst erhebt durch die Neuordnung eine starke Befriedigung, die wiederum zum Teil auf die Gemeinden zurückwirkt. Es wird deshalb unbedingt notwendig werden, bei der Bereitstellung der Mittel für die Arbeitslosen diese Mehrbelastung in Rechnung zu stellen. Die Entwidmung für die Reichsanstalt ist daher im ganzen gesehen kaum etwas anderes als eine Kostenvermeidung, die sich zwar für die Anstalt selbst günstig auswirken wird, aber der Allgemeinheit nur in bescheidenem Umfange eine Entlastung verschaffen kann. Aus diesem Grunde erhebt es fraglich, ob die Maßnahme der Reichsanstalt, die ohne Zweifel auf vielfache Weise Kritik lösen wird, als unbedingt zureichend angesehen werden kann. Das Finanz- und Sozialversicherungsamt, dessen Rateneinheitsgesetz gerade in diesem Winter nicht befristet werden kann, ist nur geeignet, die allgemeine Ursache zu vergrößern und die Härten, die mit ihr verbunden sind, bieten der sozialen Agitation nur neue und allzu billige Argumente.

Tolerierung

Das Berliner Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei verzeiht mit Beugung das Echo, das der Empfang der sozialdemokratischen Führer durch den Reichstangler in der Presse der sogenannten „nationalen Opposition“ gefunden hat. Deren „Acht- und Mitleid“ gelte der Tatsache, daß auf die Ausführung einiger die Arbeiter tätigen Pläne verzichtet worden ist. Tatsächlich heißt Reichstangler Meinung nicht daran, den Sozialdemokraten die bisher gelübte Tolerierung unmöglich zu machen und sich damit völlig in die Hände der Reichstangler-Politik zu begeben, die offenbar keine Zeit mehr zu verlieren haben. Sie belagern Tag und Nacht die Wehrminister und warten gespannt, ob sich nicht wenigstens ein Hinterfüßchen öffnen wird. Sie brauchen die Macht, weil sonst die Gefahr besteht, daß ihre Verbuchten auseinanderlaufen. . . .

Die Taktik der Sozialdemokraten geht dahin, bei den großen Entscheidungen der nächsten Zeit sich nicht in eine isolierte Stellung drängen zu lassen, die das Spiel ihrer Gegner erleichtern würde. Nachdem die vereinigten Wirtschaftsverbände eine gemeinsame Aktion unternommen haben, um auf die Entscheidung der Regierung zu drücken, kann ein wirksamer Gegendruck nur geleistet werden, wenn auch die Gewerkschaften alle Kräfte zusammenarbeiten. Die dringlichen Verbände und der freitextliche-nationale „Gewerkschaftsrat“ haben sich mit den sozialistischen Epigenorganisationen auf eine energiegelade, scharf formulierte Erklärung geeinigt, in der den sehr Forderungen der Unternehmerverbände gegen Gewerkschaften entgegengekehrt werden.

Diese Gegenforderungen sind mehrfache und notwendige Ergebnisse des Programms, das die Spitzenverbände der Wirtschaft der Öffentlichkeit unterbreitet haben. Insbesondere sind „die Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter“, sowie „die Senkung der Zölle mit dem Ziel der härteren Anpassung der deutschen Preise und Lebenshaltungskosten an das geläuterte Preisniveau des Weltmarktes“ unerlässliche Voraussetzungen für die Verbindung der Wirtschaft. Da die Vertreter der Unternehmerverbände diese Punkte bei der Aufstellung ihres Bündnisses übersehen haben, wird man es begrüßen müssen, daß der Reichsregierung der Rücken gekehrt wird, wenn sie die Interessenten daran erinnert, daß zur Wirtschaft auch Arbeiter, Angestellte und Käufer gehören. Oder ist es schon „Moralismus“, wenn man neben den „Mitteln und anderen Anreizungen auch in die Pflichten der Arbeitgeber und der Arbeiter, wenn man die Staatsmacht nicht einseitig einsetzt, sondern im Sinne gerechten Ausgleichs? Ist es Schwäche, wenn der Staatsmacht sich auch bei wirtschaftlichen Entscheidungen von Augen hält, daß die politischen und sozialen Gegenstände nicht überpart werden dürfen?

Wer sich das ruhige Denken nicht durch den Egestreit verwirren läßt, und den heftigen Austrag tatsächlicher Gegensätze nicht mit dem Zieren der Dinge verwechseln, wird an der Tatsache nicht vorbeikommen können, daß heute die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes antipolitischen Tendenzen innerlich und äußerlich anhängt. Die Schwierigkeiten, die der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften erwachsen, rühren nicht daher, daß sie zuviel Sozialismus fordern, sondern, daß sie in niedrigerer Abwägung der wirtschaftlichen Möglichkeiten sich mit dem Winde beimägen, das ihnen vertretbar erscheint. Geht die Stimmung auf die Wirtschaft, bei dem Reichsrat und dem Reichstag ein, und die Wirtschaft ein, in die Hände der Arbeiter: die Rechte müßte die Wirtschaft befehlen.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat bisher die Tolerierungspolitik unter Einwirkung seiner Autorität bis zur Grenzlinie durchgehalten. Er wird in ihr festhalten, solange er glaubt, daß die Nachteile einer Kursänderung geringer wären, als die Möglichkeiten, die sich bei den heutigen Machtverhältnissen durch die Behauptung einflussreicher und entscheidender Positionen ergeben. Er weiß auch, was für den Staat auf dem Spiel steht. Aber er ist kein Staat politischer Selbstmörder. Das die Opposition, die sich um Kurt Sternfeld und Max Eppelwit bildet, fordert - Abzehrung zum Bürgergut und Anwendung aller Mittel des Klassenkampfes - kann morgen die Parole der Gesamtpartei werden, wenn es den kampfzähligen Klassenkämpfern im bürgerlichen Reichstag gelingt, sie in die Opposition zu drängen.

Die Schwächung, die die Sozialdemokratie durch die Abzehrung eines erheblichen Teils ihres Kraftes, wird schließendlich kaum ins Gewicht fallen. Reumutend ist es, daß Sternfeld und Eppelwit in einem Aufbruch „an alle Sozialdemokraten“, in dem sie sich über den Ausbruch aus der Partei beschweren, mit großer Schärfe sich gegen die R. F. D. wenden, ins-

Die Antwort der Gewerkschaften

Gegenerklärung gegen die Unternehmerverbände

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine froto Angestelltenbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsrat deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände veröffentlichen eine Erklärung gegen die kürzlich mitgeteilte Erklärung der Spitzenverbände der Wirtschaft, in der es u. a. heißt:

Wenn jemals, dann haben insbesondere die Vorgänge der letzten Monate das Verlangen nach Wirtschaftspolitik und die Notwendigkeit eines planvollen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft bewiesen. Der Versuch, die ungeheure Wirtschaftskrise der Gegenwart aus staatlichen Eingriffen und aus den deutlichen Sozial- und Lohnpolitik zu erklären, ist völlig haltlos. In Wirtschaft liegen die Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise in den allgemeinen Zusammenhängen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems in der Welt, den internationalen politischen Beziehungen und dem Wirtschaften unter den Wälfen. Wirtschaft wurde bis über unseren Protestionismus, Subventionenpolitik, Übernationalisierung, Kapitalfremdung und systematische Senkung der Kaufkraft. Seit anderthalb Jahren wird als Ausweg aus der Krise die Senkung der Löhne und Gehälter sowie der Abbau der Sozialpolitik propagiert und betrieben. Das Ergebnis ist eine ungleiche Verteilung der allgemeinen Wohl. Jeder Schritt weiter auf diesem Wege führt tiefer in das Elend hinein. Die frohe Unterpolitik der Unternehmerverbände kann nicht zu gemeinsamer Entlohnung der Kräfte und zur Überwindung der Wirtschaftskrise führen. Niemand will die deutsche Arbeiterschaft ihre wichtigsten sozialen Rechte kampflos preisgeben.

Deshalb verlangen die Gewerkschaften sowohl im Interesse der Arbeitnehmer als auch des Volksganzen die Ablehnung von dem seither beschriebenen Wege und erheben erneut folgende vordringliche Forderungen:

1. Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen.
2. Verstärkung der Arbeitszeit - insbesondere durch Einführung der 40-Stunden-Woche - zum Zwecke der Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften.

3. Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter, Sicherung des Tarifrechtes und des staatlichen Schlichtungsorgans.
4. Senkung der Zölle mit dem Ziel der härteren Anpassung der deutschen Preise und Lebenshaltungskosten an das geläuterte Preisniveau des Weltmarktes; Druck auf überhöhte Handels- und Verarbeitungsspannen.
5. Auflockerung der monopolistischen Preisbindungen in allen Stufen der Wirtschaft bei gleichzeitiger Ausübung der öffentlichen Kontrolle.
6. Öffentliche Bankenaufsicht mit dem Ziel der Verhinderung von Spekulationen des Kapitals und Sicherung volkswirtschaftlicher Kapitalverwendung.
7. Wirtschaftliche Stärkung der überhöhten Epigengehälter und Pensionen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die Durchführung dieser wirtschaftspolitischen Maßnahmen muß verbunden sein mit der Abwehr aller die Währung bedrohenden Experimente, ferner mit zielbewusster Förderung der internationalen Verständigung, die gerade jetzt sein muß auf Konsolidierung der schwelenden Schulden Deutschlands, auf internationale Zusammenarbeit zur Sicherung gesunder Kapitalverteilung und auf dauernde Lösung der Frage der internationalen Kriegsverjährung und der Reparationen.

Frauenwahlrecht in Spanien

MADRID, 1. OKTOBER

Die Kammer hat mit 100 gegen 121 Stimmen das Frauenwahlrecht angenommen. Das wahlfähige Alter für Männer und Frauen stimmt mit dem 23. Lebensjahr. Zwei Abgeordnete, die gegen das Frauenwahlrecht Stellung genommen hatten, wurden beim Verlassen des Parlamentesgebäudes auf offener Straße von Frauen und Mädchen belästigt.